



### **Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 11.11.2015**

Bevor das Protokoll zur Abstimmung aufgerufen wird, erkundigt sich der Vorsitzende nach Hinweisen, Anmerkungen bzw. Änderungsbedarf.

Frau Tschierschky erfragt daraufhin mit Bezug auf den TOP 8 „Grundsatzbeschluss für die Nutzungsänderung zweier Industriehallen in Fürstenwalde (Odersun-Hallen) zu Verwaltungszwecken – Vorlage 050/2015 der Ausschusssitzung vom 11.11.2015, inwieweit Vorschläge für eine neue Bezeichnung der betreffenden Hallen erarbeitet werden konnten.

Da kein Vertreter aus dem betreffenden Amt zur Beantwortung der Frage anwesend ist, wird dieser Sachverhalt entsprechend aufgenommen und weitergeleitet.

Herr Kahlisch wendet ein und stellt klar, dass er nicht wie im Protokoll der Ausschusssitzung vom 11.11.2015 auf Seite 11 vorletzter Absatz zum TOP 11 Ausbau von Photovoltaik, Solarthermie und Gründächern im Landkreis Oder-Spree von „Doktrin“ gesprochen hat. Durch den Vorsitzenden wird jedoch einvernehmlich festgestellt, dass eine Änderung des Protokolls nicht erforderlich wird.

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form mehrheitlich bei einer Enthaltungsstimme bestätigt.

### **Zu TOP 4 Grundsatzbeschluss zur planerischen Vorbereitung der Erneuerung der K 6741 Abschnitt 010 von Fürstenwalde (Spree) bis Neuendorf im Sande - 1. BA VA: Dezernat III/Amt 61 - SG KIS Vorlage: 010/2016**

Die Erläuterungen zum Grundsatzbeschluss zur planerischen Vorbereitung der Erneuerung der K 6741 Abschnitt 010 von Fürstenwalde / Spree bis Neuendorf im Sande – 1. BA werden von der Dezernentin für Kreisentwicklung, Umwelt und Bauwesen, Frau Gläsmer vorgenommen. Die K 6741 verläuft nördlich des Stadtgebietes von Fürstenwalde / Spree. Der betreffende Abschnitt umfasst eine Länge von ca. 1,9 km. Der Zustand dieser Straße ist desolat. Es liegt hier ein umfangreiches Schadensbild vor. In der Vergangenheit mussten bereits mehrfach Reparaturarbeiten ausgeführt werden. Dies ist nicht zuletzt auch auf die geringe Ausbaubreite und die vorhandenen Verkehrsbelastungen zurückzuführen.

Zur Abstellung dieser Mängel wurde nunmehr ein sach- und fachkundiges Planungsbüro beauftragt, welches zunächst die planerischen Vorbereitungen zur Erneuerung der Kreisstraße umsetzen soll.

Des Weiteren stellt die Dezernentin die Werte der festgestellten Verkehrsstärke vor. Demnach wurden innerhalb von 24 h 1.354 Fahrzeuge gezählt. Den größten Anteil stellen die PKW mit 1.258 Fahrzeugen, gefolgt von 76 LKW und 20 Linienbussen.

Die Kreisstraße wird außerdem bei Unfallereignissen oder im Fall von Baustellen auf den umliegenden Bundes- und Landesstraßen als Umleitungsstrecke stark frequentiert.

Zum weiteren zeitlichen Ablauf dieser Maßnahme führt Frau Gläsmer aus, dass im Jahr 2016 nicht nur die Verkehrsanlagenplanung intensiv fortgesetzt und abgeschlossen wird sondern auch die bauliche Realisierung erfolgen soll.

Da durch die notwendige einseitige Verbreiterung der Straße am rechten Fahrbahnrand Eingriffe in den Naturhaushalt erforderlich werden, ist die untere Naturschutzbehörde in die planerischen Tätigkeiten einbezogen worden.

Die Ergebnisse des planerischen Prozesses werden dem Ausschuss dann im Rahmen des Baubeschlusses zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt.

Die Kosten der Maßnahme betragen 1,22 Mio. €. Der finanzielle Eigenanteil des Landkreises beträgt in diesem Zusammenhang 725.300 €. Das Land Brandenburg stellt auf Grundlage der aktuellen Förderrichtlinie eine Zuwendung in Höhe von 495.000 € für diese Maßnahme bereit. Die Stellungnahme der Kämmerei der Kreisverwaltung liegt hierzu vor.

Damit schließt die Dezernentin ihren Vortrag, so dass sich der Vorsitzende nach vorliegenden Fragen erkundigen kann.

[17:15 Uhr, Herr Hilpmann trifft ein]

Frau Tschierschky erfragt, wie viele Bäume bei Umsetzung der Maßnahme gefällt werden müssen und um welche Arten es sich dabei handelt.

Frau Gläsmer erklärt daraufhin, dass mit derzeitigem Planungsstand noch keine konkreten Angaben in dieser Hinsicht gemacht werden können. Ersten Ermittlungen zur Folge könnten ca. 20 Bäume davon betroffen sein. Das endgültige Ergebnis hierzu wird mit dem Baubeschluss auf Grundlage des dann erreichten Planungsstandes vorgestellt. Sicher ist, dass nur die Bäume gefällt werden, wo es nicht vermieden werden kann.

Herr Labahn merkt an, dass an dieser Straße kein alleeartiger Baumbestand vorzufinden ist. Daher sind verschiedene Baumarten, wie Ahorn, Robinien oder Linden anzutreffen.

Frau Gläsmer stellt in Aussicht, die Baumarten auf Grundlage des Baumkatasters im Nachhinein zu benennen.

Herr Kahlisch möchte wissen, ob die Maßnahme auf Grundlage der Prioritätenliste abgearbeitet wird oder durch eine spontane Entscheidung wegen des gravierenden Schadensbildes entstand.

Frau Gläsmer führt dazu aus, dass die Maßnahme auf der Grundlage des Kreisstraßenbedarfsplanes und der Prioritätenliste umgesetzt wird.

Herr Engert ist der Meinung, dass der finanzielle Anteil des Landes wegen des redundanten Umleitungsverkehres, der auf zahlreiche Baustellen an Bundes- und Landesstraßen zurück zu führen ist, und die dadurch verursachten Belastungen auf beispielsweise Kreisstraßen deutlich höher ausfallen müsste.

Frau Gläsmer stimmt dieser Ansicht vom Grundsatz her zu. Zu diesem Thema gab es fortwährend zahlreiche Diskussionen sowohl mit dem Landesbetrieb Straßenwesen als auch mit dem zuständigen Ministerium, um sachgerechte Lösungen in dieser Angelegenheit herbeizuführen.

Frau Prof. Dr. Böhm schlägt daraufhin vor, den Abteilungsleiter Planung, Herrn Schade vom Landesbetrieb Straßenwesen in eine der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen, um das Problem Umleitungsausweisung und -verkehre zu diskutieren.

Frau Gläsmer steht dem Vorschlag offen gegenüber. Sie betont jedoch, dass es bereits auf der Verwaltungsebene regelmäßig stattfindende Beratungsrunden gibt, in denen diese Sachverhalte ausgiebig erörtert werden.

Herr Balzer erinnert daran, dass mit dem Bau der Ortsumfahrung Fürstenwalde/Spree [B 168] die Diskussion geführt wurde, die Bundesstraße über die K 6741 weiter nach Norden Richtung Schönfelde zu leiten. Bei dieser Variante entfällt der Abschnitt der B 168 aus der nördlichen Stadtlage. Er möchte daher wissen, ob es dazu einen aktuellen Sachstand gibt.

Herr Thoma führt dazu aus, dass für diesen Bereich keine aktuellen Konzeptionen oder Planungen bekannt sind, die für die B 168 eine geänderte Streckenführung zum Inhalt haben.

Frau Gläsmer merkt an, dass die Maßnahme auch nicht Inhalt des Bundesverkehrswegeplans 2015 ist.

Da keine weiteren Fragen angezeigt werden leitet Herr Rengert zur Beschlussfassung über. Es folgt die Abstimmung: einstimmig, 9 X Ja-Stimmen

## **Zu TOP 5      Ausarbeitung einer Konzeption zur langfristigen Sicherung der Daseinsvorsorge im Landkreis Oder – Spree** **Vorlage: 1/BVB/Fr. W./2016**

Der Ausschussvorsitzende verliest den Betreff der Vorlage, Ausarbeitung einer Konzeption zur langfristigen Sicherung der Daseinsvorsorge im Landkreis Oder-Spree und bittet die einbringende Fraktion um eine Erläuterung, da es hierbei um ein äußerst komplexes Thema geht und die inhaltlichen Darlegungen noch relativ unkonkret sind.

Herr Hilpmann führt dazu aus, dass seine Fraktion den Standpunkt vertritt, dass sich der Kreistag mit dem Thema beschäftigen müsse. Insbesondere sind dies Fragestellungen zum ÖPNV - Angebot bzw. - Bedarf oder zur gesundheitlichen Versorgung u.a.m. Hierzu sollte in einer Debatte geklärt werden, wie künftig die Angebote der Daseinsvorsorge gesichert werden können. Der Ausschussvorsitzende stimmt diesem Ansinnen vom Grundsatz her zu. Allerdings gibt die Beschlussvorlage dies vom Inhalt her nicht wieder. Insofern muss sie entsprechend präzisiert werden.

Frau Wagner berichtet, dass diese Beschlussvorlage auch schon im Sozialausschuss des Kreistages behandelt worden ist. Die Reaktionen darauf erfolgten dort in ähnlicher Weise, wie es hier im Ausschuss der Fall ist. Letztlich sind auch alle anderen Ausschüsse des Kreistages von dieser komplexen Thematik in gewisser Weise berührt. Sachlich kann das Anliegen dieser Beschlussvorlage aber nicht diskutiert werden, da keine inhaltlichen Aspekte enthalten sind. Außerdem wird die Debatte um den demografischen Wandel schon seit längerer Zeit im Kreistag und in der Verwaltung intensiv geführt. Aus diesem Prozess sind auch ganz konkrete Ergebnisse hervorgegangen. Frau Wagner spricht sich daher für eine systematische Aufbereitung des Antrages aus, um ihn dann in den Fachausschüssen einer sachgerechten Diskussion zuführen zu können.

Der Vorsitzende erkundigt sich bei Frau Wagner, ob die Ausführungen einen Antrag auf Zurückweisung der Vorlage implementieren. Dies ist nicht der Fall, da die Vorlage nicht zurückgewiesen werden kann.

Frau Tschierschky berichtet darüber, dass sie mit Herrn Dr. Zeschmann als Unterzeichner der Vorlage Kontakt im Vorfeld der turnusmäßigen Ausschusssitzungen hatte, um in Erfahrung zu bringen, wie sich die Fraktion den Umgang bzw. das Handling mit der Beschlussvorlage vorstellt. Demnach hat jeder Ausschuss inhaltlich mit dem Thema Daseinsvorsorge etwas zu tun. Die Mitglieder der einzelnen Fachausschüsse sollen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit Gedanken machen, welchen Beitrag sie zu der Thematik noch leisten könnten. Nach Meinung von Frau Tschierschky sind schon sehr viele Beiträge geleistet worden. Dennoch sieht sie Potenzial zu diesem Thema, welches noch gehoben werden könnte. Jedes Ausschussmitglied sollte sich mit der Materie beschäftigen und dann seine Ideen oder Projekte in die Diskussion einbringen. Dies könnte beispielsweise in der nächsten Ausschusssitzung erfolgen. Auf Grund der dem Antrag zu Grunde liegenden Produktivität wird er von Frau Tschierschky unterstützt.

Frau Prof. Dr. Böhm unterstreicht zunächst auch den positiven Aspekt, dass die Abgeordneten sich aktiv in die Debatte mit Vorschlägen und Ideen einbringen, um den politischen Prozess auszugestalten. Die Fraktion die Linke verfolgte außerdem schon seit einiger Zeit die Absicht eine Entwicklungskonzeption des Kreises zu erarbeiten. Vor dem Hintergrund der aktuellen landespolitischen Debatte um die Strukturreformen und deren noch offenen Ergebnisse, ist die Erstellung eines solchen Konzeptes nicht effektiv. Damit ist aber nicht gemeint, den vorliegenden Antrag völlig zurück zu weisen sondern zu einem späteren Zeitpunkt aufzugreifen. Aktuell sollte man sich im politischen Raum eher mit den Problemen auseinandersetzen, die aus der bevorstehenden Verwaltungsstrukturreform resultieren. Als Beispiel nennt Frau Prof. Dr. Böhm die künftige Entwicklung des Denkmalschutzes.

Frau Wagner wiederum hält es für normale Abgeordnetentätigkeit Projekte und Ideen auch ohne Antrag und Beschluss in die Diskussion mit einzubringen. Sie unterstreicht nochmals, dass man den Antrag inhaltlich nicht erörtern kann. Dennoch muss von Rechts wegen über den Antrag abgestimmt werden. Der Sozialausschuss, so berichtet sie weiter, hat sich dazu entschlossen, den Antrag mit der Bitte bzw. dem Auftrag um Überarbeitung und Konkretisierung abzulehnen.

Frau Wagner stellt nunmehr selbst den Antrag über die Vorlage unverzüglich abzustimmen. Für Herrn Kahlisch stellt sich der Antrag inhaltlich so dar, dass der Kreistag Adressat des Anliegens ist. Die Ausschüsse werden mit der Vorlage lediglich über die Aktivitäten der Fraktion BVB/FW informiert. Die Wissensdefizite der Fraktion könnte die Verwaltung mit einer Zwischeninformation über die aktuellen Projekte und Themen der Daseinsvorsorge mildern. Die Verantwortung in dieser Angelegenheit soll aber offensichtlich der Verwaltung zugewiesen werden. Die Dezernentin, Frau Gläser schließt sich in ihrem Beitrag dem Standpunkt von Frau Wagner an. Außerdem gibt Sie zu bedenken, was die Verwaltung mit den zur Verfügung stehenden Ka-

pazitäten bereits schon zu diesem Thema leistet und geleistet hat. Eine Zusammenfassung in Form einer Auflistung der einzelnen Aktivitäten und Beschlüsse sollte gefertigt werden, um darüber Auskunft zu geben. Mit Verweis auf die Vorlage müssen außerdem Fristen einer entsprechenden Verhältnismäßigkeit unterliegen.

Frau Tschierschky merkt an, dass der Werksausschuss KWU die Beschlussvorlage bestätigt hat. Des Weiteren sollen bei der nächsten Sitzung die Ideen und Vorschläge der Mitglieder dieses Fachausschusses diskutiert werden.

Der Vorsitzende leitet nunmehr die Abstimmung über den Antrag ein und bittet um Stimmabgabe.

2 X Ja-Stimmen; 6 X Nein-Stimmen; 1 X Enthaltungsstimme

## **Zu TOP 6 Information über die bewilligten Zuwendungen für Maßnahmen der Denkmalpflege im HH-Jahr 2015 BE: Dezernat III/Amt 63 - AG Denkmalschutz**

Die in den Tagesordnungspunkt einführenden Informationen über die bewilligten Zuwendungen für Maßnahmen der Denkmalpflege im Haushaltsjahr 2015 werden von der Amtsleiterin des Bauordnungsamtes, Frau Kirschner vorgetragen.

Zunächst erinnert sie an die 5. Ausschusssitzung im Monat Juni des vergangenen Jahres, in der die Bewilligungsvorschläge der Verwaltung vorgestellt wurden und an die Ergebnisse der in diesem Rahmen geführten Debatte. Wie die Umsetzung der beschlossenen Verfahrensweise und getroffenen Festlegungen zu den einzelnen Objekten erfolgte, soll in der nunmehr folgenden Präsentation von Herrn Methfessel, Sachbearbeiter Denkmalschutz dargelegt werden. Die Ausgangssituation stellt sich wie folgt dar: Es lagen 26 Anträge mit einer beantragten Fördermittelsumme in Höhe 129.839,74 € bei einem Budget von 100.000 € vor. Grundsätzlich werden Einzeldenkmale mit max. 5.000 € und Maßnahmen im Denkmalbereich mit max. 2.500 € gefördert.

Die entsprechenden Objekte werden den Anwesenden im Einzelnen präsentiert:

1. Einzeldenkmal Wohnhaus, Fellerstraße 35, Eisenhüttenstadt, OT Fürstenberg (Oder)  
Maßnahme: Fensteraustausch am gesamten Gebäude  
beantragte Zuwendung: 5.000 €  
Vorschlag: 5.000 €  
bewilligte Zuwendung: 5.000 €
2. Einzeldenkmal Dorfkirche Hasenfelde, Fürstenwalder Straße, Steinhöfel, OT Hasenfelde  
Maßnahme: Rekonstruktion der originalen Wandfassung des Kirchenraumes  
beantragte Zuwendung: 5.000 €  
Vorschlag: 5.000 €  
bewilligte Zuwendung: 5.000 €
3. Denkmalbereich Angerdorf Klein Schönebeck, Dorfau 10, Schöneiche bei Berlin  
Maßnahme: Konservierung und Restaurierung der Vorderfront des Wohnhauses  
beantragte Zuwendung: 2.500 €  
Vorschlag: 2.500 €  
bewilligte Zuwendung: 2.500 €
4. Denkmalbereich Fürstenberg/Oder, Fellerstraße 17, Eisenhüttenstadt, OT Fürstenberg (Oder)  
Maßnahme: Umbau Einfamilienhaus – Erneuerung der Hauseingangstür  
beantragte Zuwendung: 2.500 €  
Vorschlag: 2.500 €  
bewilligte Zuwendung: keine, entsprechend der Empfehlung des Ausschusses

5. Denkmalbereich Historische Innenstadt Storkow, Kirchstraße 27, Storkow (Mark)  
 Maßnahme: Sanierung des Nebengebäudes  
 beantragte Zuwendung: 2.500 €  
 Vorschlag: 2.500 €  
 bewilligte Zuwendung: 2.500 €  
 Der Vorsitzende erfragt im Zusammenhang mit den gezeigten Fotografien auf den Präsentationsfolien den aktuellen Umsetzungsstand der Maßnahmen. Herr Methfessel erläutert dazu, dass ein Teil der Zuwendungsempfänger mit der Umsetzung begonnen und andere aus plausiblen Gründen eine Verlängerung des Bewilligungszeitraumes beantragt haben.
6. Einzeldenkmal Dorfkirche Wulfersdorf, Tauche, OT Wulfersdorf  
 Maßnahme: Sanierung des Gebäudes  
 beantragte Zuwendung: 5.000 €  
 Vorschlag: 5.000 €  
 bewilligte Zuwendung: 5.000 €
7. Einzeldenkmal Dorfkirche Tauche mit frei stehendem Glockenstuhl, Beeskower Chaussee, Tauche  
 Maßnahme: Restaurierung des Kanzelaltars  
 beantragte Zuwendung: 8.000 €  
 Vorschlag: 5.000 €  
 bewilligte Zuwendung: 5.000 €
8. Einzeldenkmal Dorfkirche Gosen, Köpenicker Straße 1, Gosen-Neu Zittau, OT Gosen  
 Maßnahme. Instandsetzung des Glockenturmes  
 beantragte Zuwendung: 7.000 €  
 Vorschlag: 5.000 €  
 bewilligte Zuwendung: 5.000 €
9. Einzeldenkmal Kirche Wellmitz, Lindenstraße 38 b, Neuzelle, OT Wellmitz  
 Maßnahme: Restaurierung des Innenraumes  
 beantragte Zuwendung: 5.000 €  
 Vorschlag: 5.000 €  
 bewilligte Zuwendung: 5.000 €
10. Einzeldenkmal Dorfkirche und 2 Grabmale auf dem Kirchhof Reichenwalde, Dorfau 8, Reichenwalde, OT Reichenwalde  
 Maßnahme: Sanierung des Turmes  
 beantragte Zuwendung: 5.000 €  
 Vorschlag: 5.000 €  
 bewilligte Zuwendung: 5.000 €
11. Einzeldenkmal Kirche Falkenberg, Dorfstraße, Briesen (Mark), OT Falkenberg  
 Maßnahme: Erneuerung Dacheindeckung, Überarbeitung Fassade, Instandsetzung Fenster und Türen, restauratorische Begleitung  
 beantragte Zuwendung: 8.000 €  
 Vorschlag: 5.000 €  
 bewilligte Zuwendung: 5.000 €
12. Einzeldenkmal Landarbeiterhaus, Hauptstraße 32-35, Tauche, OT Lindenberg  
 Maßnahme: Neueindeckung des Daches  
 beantragte Zuwendung: 20.000 €  
 Vorschlag: 5.000 €  
 bewilligte Zuwendung: 9.000 €, entsprechend der Empfehlung des Ausschusses
13. Bodendenkmal Galgenberg Fürstenwalde, Fürstenwalde/Spree  
 Maßnahme: Durchführung und Dokumentation einer Forschungsgrabung  
 beantragte Zuwendung: 5.000 €  
 Vorschlag: 5.000 €  
 bewilligte Zuwendung: 5.000 €  
 Frau Kirschner berichtet hierzu, dass diese Maßnahme bereits abgeschlossen worden ist.

Herr Kaufmann ist erstaunt, dass diese Maßnahme unter Denkmalpflege subsumiert wird. Für ihn handelt es sich hierbei eher um ein archäologisches Vorhaben. Es handelt sich aber um ein Bodendenkmal der Ur- und Frühgeschichte. Es entsteht eine kleine mehrstimmige Diskussion.

Der Vorsitzende gibt das Wort an Frau Gläser. Sie informiert darüber, dass auch Fundstellen der Ur- und Frühgeschichte genauso wie Einzel- oder Kunstdenkmale dokumentiert werden und Bestandteil der Denkmalliste des Landes Brandenburg sind. Dieser Umstand verleiht ihnen entsprechenden Schutzstatus.

Frau Kirschner fügt hinzu, dass sehr viele Bodendenkmäler im LOS in die Denkmalliste aufgenommen worden sind.

Herr Kahlisch erfragt, wie lange an einer Stätte geforscht werden kann, bevor es als Denkmal eingeordnet wird. Herr Kaufmann schließt an, dass wenn keine Scherbe bzw. kein Gegenstand gefunden wird, es sich auch nicht um ein Bodendenkmal handeln kann.

Frau Kirschner erklärt, dass im Vordergrund des Projektes der Europauniversität Viadrina die Erkundung der Geschichte in diesem Bereich gestanden hat.

Herr Kaufmann jedenfalls präferiert den Erhalt und die Förderung von sichtbaren Denkmälern.

Der Vorsitzende beendet nunmehr die Diskussion und bittet um Fortsetzung des Vortrages

14. Einzeldenkmal Künstlerhaus (Thorakhaus), Moorstraße 12, Bad Saarow  
Maßnahme: Rückbau des außenliegenden Kohlekellers und Treppenhauses, Erneuerung der Hauseingangstür sowie Reparatur der Fenster und Türen  
beantragte Zuwendung: 5.000 €  
Vorschlag: 5.000 €  
bewilligte Zuwendung: 5.000 €
15. Denkmal mit Gebietscharakter Wohnkomplex 1-3 einschließlich zentraler Platz und Lindenallee, Lindenallee 47, Eisenhüttenstadt  
Maßnahme: Sanierung ehemalige Kaufhalle zu einem Ladenlokal und zu Wohnzwecken, Fassadensanierung bzw. –instandsetzung  
beantragte Zuwendung: 5.000 €  
Vorschlag: 2.500 €  
bewilligte Zuwendung: 2.500 €
16. Denkmalbereich Historischer Stadtkern Beeskow, Uferstraße 16, Beeskow  
Maßnahme: Erneuerung von 4 Fenstern am Wohnhaus  
beantragte Zuwendung: 2.000 €  
Vorschlag: 2.000 €  
bewilligte Zuwendung: keine
17. Einzeldenkmal ehemaliges Wohn- und Geschäftshaus, Kirchplatz 3, Beeskow  
Maßnahme: Denkmalpflegerische Untersuchung  
beantragte Zuwendung: 5.293,33 €  
Vorschlag: 5.000 €  
bewilligte Zuwendung: 5.000 €  
Herr Balzer erkundigt sich im Zusammenhang mit der Diskussion, welche in der 5. Ausschusssitzung zu diesem Objekt geführt wurde, ob hierzu schon Ergebnisse vorliegen. Es liegen noch keine Ergebnisse vor, berichtet Herr Methfessel. Druck auf die Eigentümerin wurde aber erzeugt, um bei dieser Maßnahme voranzukommen.
18. Einzeldenkmal Villa Putti mit Nebengebäuden, Ulmenstraße 9, Bad Saarow  
Maßnahme: Sanierungsmaßnahmen am Haupthaus und Nebengebäude  
beantragte Zuwendung: 5.000 €  
Vorschlag: 5.000 €  
bewilligte Zuwendung: 5.000 €
19. Einzeldenkmal Bunker Fuchsbau, Am Fuchsbau 8 a, Bad Saarow, OT Petersdorf  
Maßnahme: Dachinstandsetzung Kopfbau  
beantragte Zuwendung: 5.000 €

Vorschlag: 5.000 €

bewilligte Zuwendung: 5.000 €

Herr Rengert erkundigt sich in diesem Kontext nach der Umnutzung zur Flüchtlingsunterbringung.

Frau Kirschner klärt auf, dass es zwischen dem Denkmalobjekt Fuchsbau und der geplanten Umnutzung von ehemaligen Mannschaftsgebäuden in diesem Bereich keine Verbindung gibt.

20. Einzeldenkmal Gruftbau für den kurfürstlichen Steuerinspektor Neumann und die Apothekerfamilie Feigell auf dem Friedhof, Kastanienstraße 15 b, Eisenhüttenstadt, OT Fürstenberg/Oder

Maßnahme: Sanierung der Gruft, 3. BA Außenputz

beantragte Zuwendung: 5.000 €

Vorschlag: 5.000 €

bewilligte Zuwendung: 5.000 €

21. Denkmalbereich Fürstenberg/Oder, Eisenbahnstraße 3, Eisenhüttenstadt, Fürstenberg/Oder

Maßnahme: Umbau des Wohnhauses, Einbau neuer Fenster

beantragte Zuwendung: 2.519,85 €

Vorschlag: 2.500 €

bewilligte Zuwendung: keine, entsprechend der Empfehlung des Ausschusses

Herr Methfessel informiert an dieser Stelle darüber, dass die folgenden Objekte aus den „Restmitteln“ gefördert wurden, die nach der 5. Ausschusssitzung noch zur Verfügung standen.

22. Einzeldenkmal Schlosskirche mit Grabmal für Friedrich Wilhelm Schütze, Dorfstraße 38, Schöneiche bei Berlin

Maßnahme: restauratorische Leistungen für die Turmsanierung und die Empore der ehemaligen Schlosskirche

beantragte Zuwendung: 2.685,83 €

Vorschlag: 2.000 €

bewilligte Zuwendung: 2.000 €

23. Einzeldenkmal Torpfeiler, Dorfstraße, Schöneiche bei Berlin

Maßnahme: Torpfeiler vom Schloss – restauratorische Untersuchung der Farbfassungen und Profilabwicklungen

beantragte Zuwendung: 2.340,73 €

Vorschlag: 2.000 €

bewilligte Zuwendung: 2.000 €

24. Einzeldenkmal Dorfkirche Biegen, Dorfstraße 31, Briesen (Mark), OT Biegen

Maßnahme: Konservierung der spätmittelalterlichen Ausmalung

beantragte Zuwendung: 1.500 €

Vorschlag: 1.500 €

bewilligte Zuwendung: 1.500 €

25. Einzeldenkmal Wohnhaus mit Keller der ehemaligen Hofbebauung, Bodelschwinghstraße 42, Beeskow

Maßnahme: Erhaltungsanordnung (zugleich denkmalrechtliche Erlaubnis) zum Schutz und zur Erhaltung des Denkmals gem. § 8 Abs. 2 Bbg.DSchG

beantragte Zuwendung: 5.000 €

Vorschlag: 5.000 €

bewilligte Zuwendung: 5.000 €

Frau Kirschner fügt ergänzend hinzu, dass bei diesem Objekt eine entsprechende Verpflichtung zum Erhalt besteht. Aus diesem Grund werden Sicherungsmaßnahmen notwendig, wie zum Beispiel die Reparatur des Daches.

Frau Wagner erfragt den Schutzstatus des Objektes, da es sich auch in einem äußerst maroden Zustand befindet.

Frau Kirschner erklärt dazu, dass es sich erst einmal um ein Einzeldenkmal handelt,

welches im Denkmalbereich und im Geltungsbereich einer Erhaltungssatzung liegt. Herr Methfessel fügt hinzu, dass dieses Haus ein sehr altes ist (17. Jahrh.), in dem im Erdgeschoss eine Schiffsbohlendecke verbaut wurde. Bedauerlich ist außerdem, dass in den letzten Jahren kaum Instandhaltungsarbeiten durch den Eigentümer vorgenommen worden sind.

26. Einzeldenkmal Gutsanlage einschließlich Gutshof, Gutshaus Sieversdorf 1-2, Jacobsdorf, OT Sieversdorf

Maßnahme: Wiederherstellung dreistufiger Kachelofen, Nachfertigung von Ofenkeramik  
beantragte Zuwendung: 3.000 €

Vorschlag: 3.000 €

bewilligte Zuwendung: 3.000 €

Zusammengefasst wurden 100.000 € Fördermittel für insgesamt 20 Maßnahmen an Einzeldenkmälern, 1 Maßnahme an einem Bodendenkmal und 2 Maßnahmen in Denkmalbereichen bewilligt.

Auf der letzten Präsentationsfolie wird den Anwesenden die fertiggestellte Dacheindeckung am Einzeldenkmal Landarbeiterhaus in Lindenberg als ein positives Beispiel für gelungene Fördermittelintervention gezeigt.

Frau Gläsmer weist an dieser Stelle nochmals daraufhin, wie wichtig es ist, auf eine fach- und sachkundige Bauausführung zu achten, um die denkmalpflegerische Zielstellung für das jeweilige Objekt auch wirklich zu erreichen.

Die Frage von Frau Prof. Dr. Böhm, ob das Haus auch genutzt wird, wird bejahend beantwortet.

Herr Bublak erfragt, auf welcher rechtlichen Grundlage der Ausschuss eine abweichende Förderhöhe in Verbindung mit den Regelungen der Denkmalförderrichtlinie beschließen konnte.

Seiner Meinung nach wäre möglicherweise der Kreistag dafür zuständig gewesen.

Herr Rengert erinnert daran, dass das Förderbudget auf 100.000 € angehoben worden ist. Insofern ist vor dem Hintergrund, dass die Baukosten einer allgemeinen Preissteigerung unterliegen, darüber zu befinden, ob die derzeit geltenden max. Förderhöhen angepasst werden können.

Herr Balzer bekräftigt seinerseits die vom Ausschuss getroffenen Empfehlungen bzw. gewählte Vorgehensweise zu den in Rede stehenden Objekten. Außerdem spricht er sich ebenfalls für eine Erhöhung der geltenden max. Förderhöhen aus.

Frau Kirschner schlägt dazu vor, zunächst die Ergebnisse und Auswertung der aktuellen Antragsperiode abzuwarten, bevor ein Entschluss über die Änderung der Förderrichtlinie formuliert wird.

Herr Kahlisch erkundigt sich, ob von der Verwaltung ein diesbezüglicher Vorschlag vorgelegt werden könnte.

Herr Rengert fasst nochmals die Diskussion zusammen und sieht den gesamten Prozess auf einem guten transparenten Weg, der beizubehalten ist. Ein Beschlussvorlag kann seiner Meinung nach auch von den Fraktionen in den Ausschuss eingebracht werden.

Frau Gläsmer rät bei Änderungsbegehren der bestehenden Förderrichtlinie zu einer konstruktiven und analytischen Herangehensweise. Die in der Richtlinie enthaltenen Festlegungen fußen auf bestimmte Rahmenbedingungen, deren Wirkungsweise nach wie vor Bestand haben. Als ein Beispiel benennt sie die Unterstützung von insbesondere kleinteiligen Maßnahmen. Insofern könnte die Richtlinie um Klauseln ergänzt werden, die den Ausschuss in besonderen Einzelfällen handlungsfähig machen.

Der Vorsitzende schlägt daraufhin vor, dieses Thema auf die nächste Tagesordnung zu nehmen und bittet die Verwaltung um die Erarbeitung von Vorschlägen.

## **Zu TOP 7 Information der Dezernentin/Amtsleiter bzw. deren Stellvertreter über wichtige Vorhaben, die den Ausschuss berühren**

Kein Bedarf

**Zu TOP 8      Sonstiges**

Die Amtsleiterin des Umweltamtes, Frau Trippens informiert die Anwesenden über die Abschlussveranstaltung zum Projekt Nachhaltiges Landmanagement im Norddeutschen Tiefland. Diese findet am 25.01.2016 im Spreepark Beeskow statt. Außerdem berichtet sie kurz und knapp über das inhaltliche Anliegen des Projektes.

Da kein weiterer Informationsbedarf angezeigt wird, schließt der Vorsitzende die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

Fred Rengert

Vorsitzender des Ausschusses  
für Bauen, Umwelt und  
Verkehr

stellv. Vorsitzende des  
Ausschusses für Bauen, Umwelt  
und Verkehr

Joerg Thoma

Schriftführer/in